

CAROLINA MÜLLER-MÖHL

Von Kindern und Kühen

Nutztiere sind uns Milliarden wert. Warum aber Kinder nicht?

Die SVP liebt die Provokation mit drastischen Bildern. In ihrem Kampf gegen den Familienartikel schreckt sie nicht davor zurück, verzweifelte »Staatskinder« hinter Gittern zu zeigen oder die unglücklichen Kleinen mit einer Marke am Ohr zu kennzeichnen. Kinder wie Kühe?

Das hat mich auf die Idee gebracht, die Ausgaben für unsere »heiligen« Kühe zu untersuchen und diese Summe in Relation zu setzen zu den absehbaren Kosten, die mit einer Annahme des Familienartikels entstehen könnten.

Kühe und ihre Besitzer haben ein schönes und wohlsubventioniertes Leben. Direkt zahlt der Staat 900 Franken jährlich für jede Kuh. Gewährt der Bauer dem Tier regelmäßig Auslauf, und hält er es ökologisch richtig, kommen noch einmal 270 Franken dazu. Das ist aber noch nicht alles: Pro Hektar Land gibt es noch einmal 1200 Franken oder 600 Franken pro Kuh. Jede einzelne glückliche Kuh lassen wir uns also um die 2000 Franken pro Jahr kosten. Und das bei rund 1,6 Millionen dieser wohlgenährten Vierbeiner. Zum Vergleich: In der Schweiz leben rund eine Million Kinder unter 13 Jahren.

Ich habe nichts gegen Kühe, sehr wohl aber etwas gegen die Angstmacherei und die gezielten Übertreibungen, wenn es um Investitionen in eine den veränderten sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnissen angepasste Familienpolitik geht. Die Gegner der Vorlage suggerieren, dass sich der Staat in die Familienangelegenheiten einmische und der Bund flächendeckend Betreuungsplätze für Kinder anbieten müsse. Die Kosten beziffern sie auf vier bis zwölf Milliarden Franken. Woher sie diese Zahlen nehmen, weiß man übrigens nicht. Und die immense Diskrepanz in dieser Schätzung macht deutlich, auf welch wackeligen Füßen die Argumentation steht. Denn selbstverständlich würden auch nach Annahme des Familienartikels nicht sämtliche Kinder in staatlich finanzierten Krippen betreut. Wie sich eine Familie organisiert, ist und bleibt Privatsache.

Ziel des Familienartikels ist es vielmehr, eine Wahlfreiheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen, die bisher eher den Wohlhabenden offensteht, die sich eine private Betreuung ihrer Kinder leisten können. Die Umdeutung des Wortes »fördern« in »subventionieren und zahlen« wird nicht dadurch wahrer, indem sie von den Gegnern gebetsmühlenartig wiederholt wird.

Als überzeugte Liberale müsste mir eigentlich die Vorstellung ein Gräuel sein, dass der Bund quasi Hand an die Familie legt. Die Realität ist aber, dass Familien nur dann eigenverantwortlich über ihr Lebensmodell entscheiden können, wenn sie eine Wahlfreiheit haben – und wenn sich insbesondere Frauen nicht mehr zwischen ihrer Familie und ihrer Karriere entscheiden müssen. Wir können es uns schlicht nicht leisten, dass teuer ausgebildete Topfrauen früh aus dem Arbeitsprozess ausscheiden und keinen Beitrag mehr zur Finanzierung ihrer eigenen Ausbildung und an die Sozialwerke leisten können. Eine Medizinstudentin studiert im Schnitt sechs Jahre lang. Jedes Jahr kostet sie den Staat 50 000 Franken. Wenn sie nach Abschluss des Studiums zur Kinderbetreuung zu Hause bleiben muss und später vielleicht nur 40 bis 60 Prozent arbeiten kann, geht uns teuer investiertes Humankapital verloren.

Große Unternehmen in Deutschland wie etwa Siemens zahlen jungen Eltern eine Unterstützung von monatlich 500 Euro pro Kind, wenn sie frühzeitig aus dem Elternurlaub zurückkehren. 13 000 Anträge gingen im vergangenen Jahr ein. Das zeigt uns, dass nicht nur Unternehmen, sondern auch Gemeinden mit einer guten Betreuungsinfrastruktur neue Bewohnerinnen und Bewohner anlocken und damit ihre Steuereinkünfte erhöhen können.

Nur um Missverständnissen vorzubeugen: Ich habe nichts gegen Familien, die beschließen, dass sich ein Elternteil ausschließlich um die Kinder kümmert. Letztlich aber müssen sie die Wahl haben, das eine zu tun oder das andere zu lassen. Frau wie Mann sollten in Freiheit entscheiden können, ob sie ihr auf Staatskosten erlangtes Wissen der gesamten Gesellschaft zur Verfügung stellen und Befriedigung im Beruf erlangen wollen.

Carolina Müller-Möhl ist Unternehmerin

